

April 2026

Befragung Kommunale Energiepolitik



Vorwort

Die Bundesregierung hat angekündigt, die Energiewende „vom Kopf auf die Füße zu stellen“. Dafür werden im Jahr 2026 neue politische Leitplanken gesetzt, unter anderem durch die Novelle des Erneuerbaren Energien Gesetzes und Änderungen beim Ausbau des Stromnetzes.

Während diese Rahmenbedingungen auf Bundesebene definiert werden, entscheidet sich die Umsetzung der Energiewende bekanntlich dort, wo Projekte geplant und realisiert werden: in den Kommunen. Bürgermeisterinnen und Bürgermeister kennen die örtlichen Gegebenheiten, wissen, welche Lösungen praktikabel sind, und wo strukturelle Hindernisse bestehen. Sie sind damit Schlüsselakteure der deutschen Energieversorgung.

Vor diesem Hintergrund haben heimatwurzeln e. V. und die Initiative Klimaneutrales Deutschland (IKND) die deutschen Bürgermeisterinnen und Bürgermeister gefragt, wie sie die Lage bei sich vor Ort einschätzen, aber auch welche Erwartungen sie an die Politik haben. Die Ergebnisse halten Sie in den Händen.

Die gute Nachricht ist: In nahezu allen Bereichen des kommunalen Infrastrukturwandels – Energie, Wärme, Mobilität – werden Projekte bereits umgesetzt oder geplant. Wo dies noch nicht der Fall ist, gibt es zumindest großes Interesse. Die Befragung macht gleichzeitig aber deutlich, dass die Projekte vor allem an fehlender Netzinfrastruktur und mangelndem finanziellen Spielraum zu scheitern drohen.

Hier besteht dringender Handlungsbedarf. Gerade die Energiewende hat das Potenzial, eine relevante Einnahmequelle für Kommunen zu werden, sie somit resilienter und zukunftsfester zu machen – und sie im eigenen Handeln zu stärken. In dieser Befragung sind wertvolle Hinweise an politische Entscheiderinnen und Entscheider in Bund und Ländern sowie Verbänden enthalten, wie Kommunen gestärkt werden können.

Wir danken an dieser Stelle den kommunalen Vertreterinnen und Vertretern, die uns projektbegleitend beraten haben und ihr immenses Wissen und großartigen Erfahrungsschatz mit uns geteilt haben: Tobias Averbeck (Bürgermeister der Gemeinde Bakum), Gudrun Heute-Bluhm (Bürgermeisterin a.D. der Gemeinde Lörrach), Dr. Anita Maaß (Bürgermeisterin der Gemeinde Lommatzsch) und Christian Porsch (Erster Bürgermeister der Gemeinde Speichersdorf).

Carolin Friedemann,
Geschäftsführerin
Initiative Klimaneutrales Deutschland



Florian Wagner,
Geschäftsführer
Heimatwurzeln e.V.



Inhaltsverzeichnis

- 4** Methodik & Teilnehmerstruktur
- 8** Status quo und Entwicklungspfade der Energiewende in Kommunen
- 15** Herausforderungen und Engpässe der Energiewende vor Ort
- 24** Wirtschaftliche Bedeutung der Energiewende für Kommunen
- 29** Stimmungslage: Was hilft, was schadet

Methodik & Teilnehmerstruktur

Methodik



Zielgruppe

Bürgermeisterinnen
und Bürgermeister



Vorgehen

Zufallsauswahl



Stichprobengröße

609 Interviews



Befragungsgebiet

Bundesrepublik
Deutschland



Methode

Online-Interviews



Erhebungszeitraum

01.01. – 10.03.2026

Bürgermeister und ihre Kommunen im Überblick

KI-generiertes Bild.



Alter Ø 54 Jahre

Geschlecht



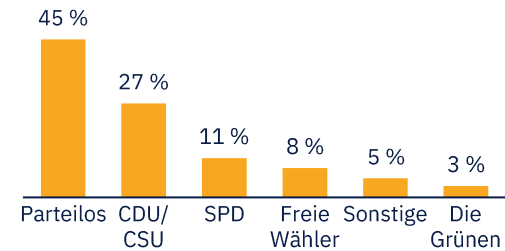
Amtszeiten



Hauptamt



Partei

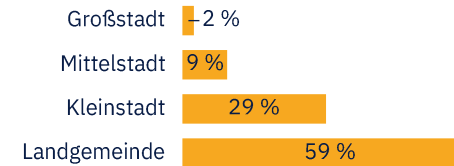


Daten: Heimatwurzeln & IKND (2026). N = 609.

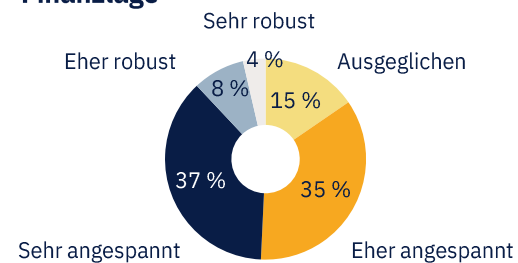
KI-generiertes Bild.



Gemeindegröße



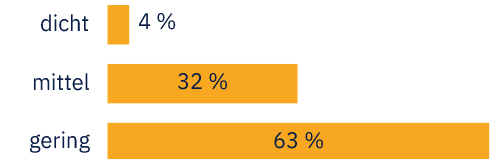
Finanzlage



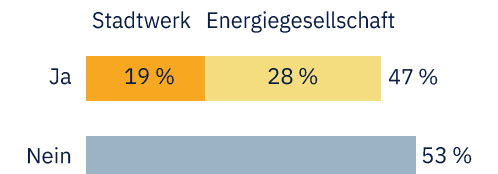
Verwaltungsgemeinschaft



Besiedlungsdichte

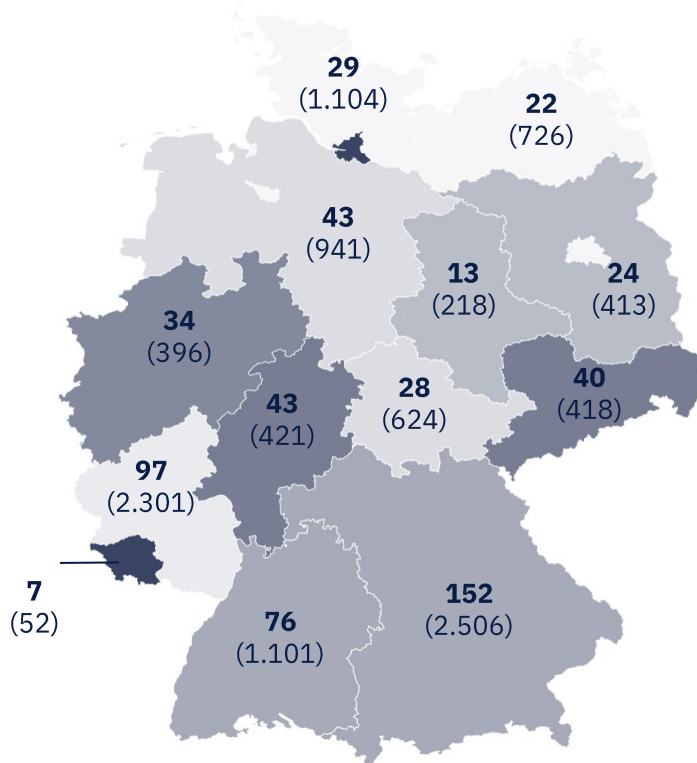


Kommunales Unternehmen



Regionale Verteilung der teilnehmenden Gemeinden

0 15 %



Einfärbung nach prozentualem Anteil der **Stichprobengröße** an der (Gesamtanzahl der Gemeinden) je Bundesland.

Daten: Heimatwurzeln & IKND (2026). N = 609.

609

teilnehmende Gemeinden
≈ 5,7 % aller Gemeinden

beheimaten

7,6 Mio.

Einwohner
≈ 9,1 % der Bevölkerung

und

3,9 Mio.

Haushalte
≈ 9,5 % aller Haushalte

Große Vielfalt der Gemeinden

In Deutschland gibt es fast 11.000 Gemeinden. Bayern hat mit rund 2.500 Gemeinden die meisten, dicht gefolgt von Rheinland-Pfalz mit 2.300 Gemeinden. Nordrhein-Westfalen hat als viertgrößtes Flächenland mit 396 die zweitwenigsten Gemeinden, nur das Saarland hat mit 52 Gemeinden weniger. Die Kommunalstruktur in Deutschland variiert also sehr stark – während einige Bundesländer durch Gemeindegebietsreformen Verbandsgemeinden geschaffen haben, sind in anderen Regionen viele Kommunen politisch unabhängig.

Die Gemeinden, die sich an der Befragung beteiligt haben unterscheiden sich stark in ihrer Größe, stehen insgesamt jedoch für etwa neun Prozent der gesamten Bevölkerung. Die größte Stadt, die mitgemacht hat, hat über 500.000 Einwohner, die kleinste Gemeinde gerade mal 59.

Status quo und Entwicklungspfade der Energiewende in Kommunen

Die „Energiewende“ ruft gemischte Gefühle hervor

Frage: Welches Wort fällt Ihnen als erstes ein, wenn Sie „Energiewende“ hören?

Sentimentanalyse

- positiv
- neutral
- negativ



Offene Frage. Daten: Heimatwurzeln & IKND (2026). N = 609.

“

"Sehr wichtig, aber aktuell viel zu teuer und unsere Kommune, kann aus Geldmangel, nicht aktiv daran teilnehmen!"

Bürgermeister aus Sachsen-Anhalt

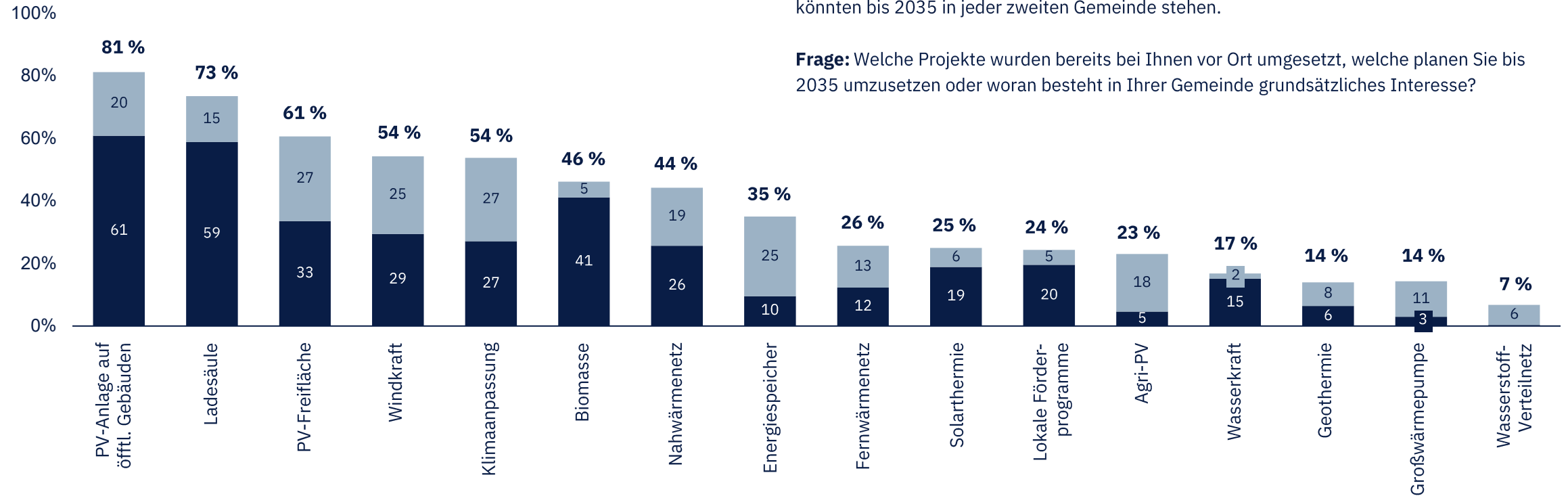
“

"Kompliziert, wenig Unterstützung, zu viele Wechsel in den Vorgaben aus Berlin und den Ländern."

Bürgermeister aus Rheinland-Pfalz

Umsetzung und Planung von kommunalen Energieprojekten

■ Bis 2035 geplant
 ■ Bereits umgesetzt



Daten: Heimatwurzeln & IKND (2026). N = 609.

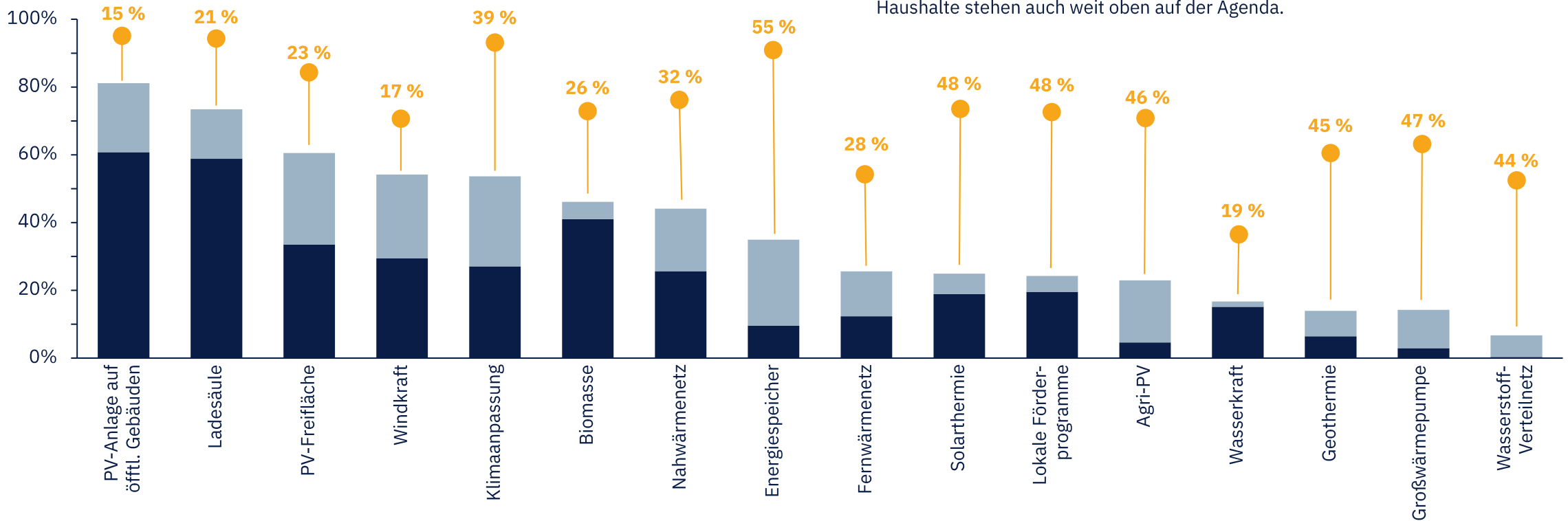
Gemeinden setzen bereits vielfältige Energiewendeprojekte um

Solardachanlagen auf öffentlichen Gebäuden und Ladesäulen für Elektroautos sind die am weitesten verbreiteten Maßnahmen. Wärmebezogene Technologien wie Fernwärmenetze, Großwärmepumpen und Geothermie sind Stand heute hingegen seltener umgesetzt oder in Planung. Anlagen zur Energieerzeugung, wie Windkraft und Photovoltaik auf der Freifläche, könnten bis 2035 in jeder zweiten Gemeinde stehen.

Frage: Welche Projekte wurden bereits bei Ihnen vor Ort umgesetzt, welche planen Sie bis 2035 umzusetzen oder woran besteht in Ihrer Gemeinde grundsätzliches Interesse?

Frage: Welche Projekte wurden bereits bei Ihnen vor Ort umgesetzt, welche planen Sie bis 2035 umzusetzen oder woran besteht in ihrer Gemeinde grundsätzliches Interesse?

■ Bereits umgesetzt / Bis 2035 geplant
 ● Grundsätzliches Interesse



Daten: Heimatwurzeln & IKND (2026). N = 609.

Blick in die Zukunft: wo Gemeinden ausbauen wollen

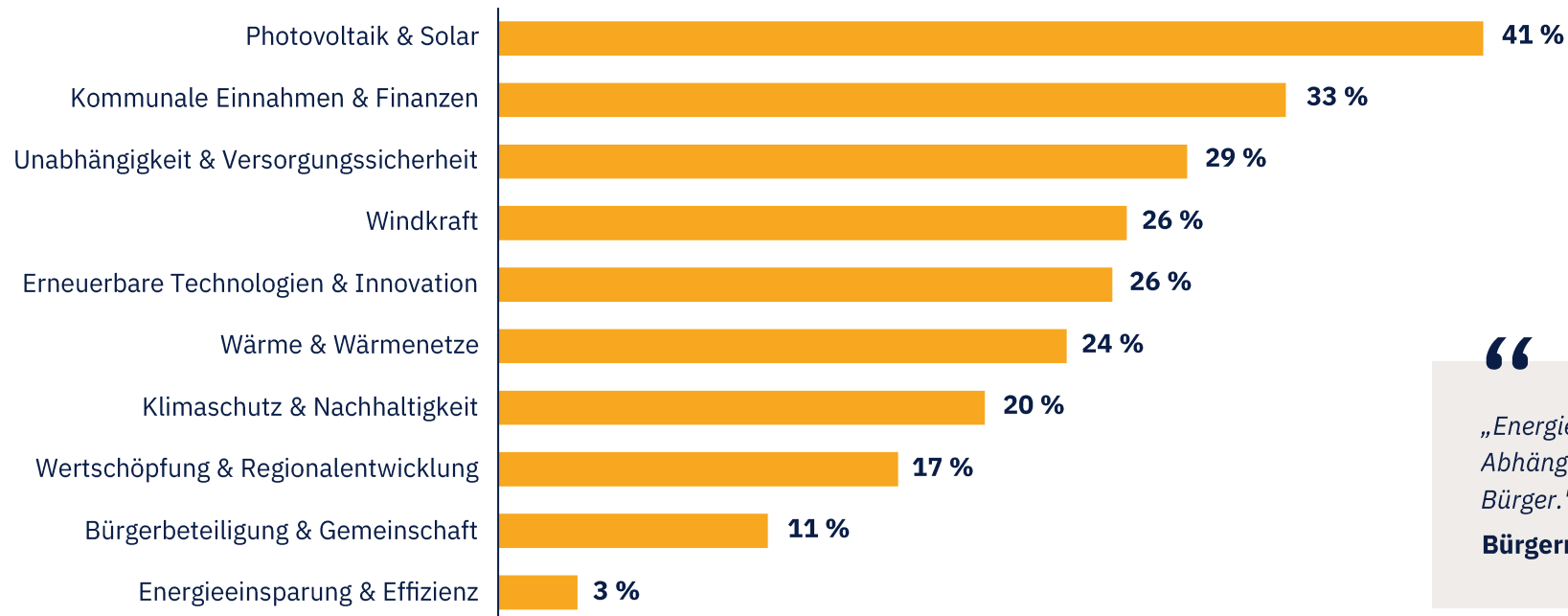
Generell besteht großes Interesse an erneuerbaren Energieprojekten über alle teilnehmenden Gemeinden hinweg. Energiespeicher führen das Interesse mit Abstand an, gefolgt von wärmebezogenen Technologien. Kommunen wollen zudem ihre Bürgerinnen und Bürger aktiv unterstützen: lokale Förderprogramme für private Haushalte stehen auch weit oben auf der Agenda.

Worin die Kommunen Chancen sehen

Kommunen sehen die Energiewende vor allem als wirtschaftliche Chance: steigende Einnahmen, Unabhängigkeit von externen Energielieferanten und stabile Versorgung stehen im Vordergrund. Auch einzelne Erzeugungstechnologien wie Photovoltaik, Windkraft oder Wärmenetze werden häufig als Chance genannt. Klima- und Umweltschutz als Motiv nennt jeder Fünfte.

Frage: Wenn Sie an den Ausbau erneuerbarer Energien in Ihrer Kommune denken: Welches sind für Sie die drei größten Chancen?

Chancen für Kommunen beim Ausbau erneuerbarer Energien



“

„Energieunabhängigkeit und Versorgungssicherheit – weniger Abhängigkeit, stabilere Energieversorgung für Bürgerinnen und Bürger.“

Bürgermeisterin aus Sachsen

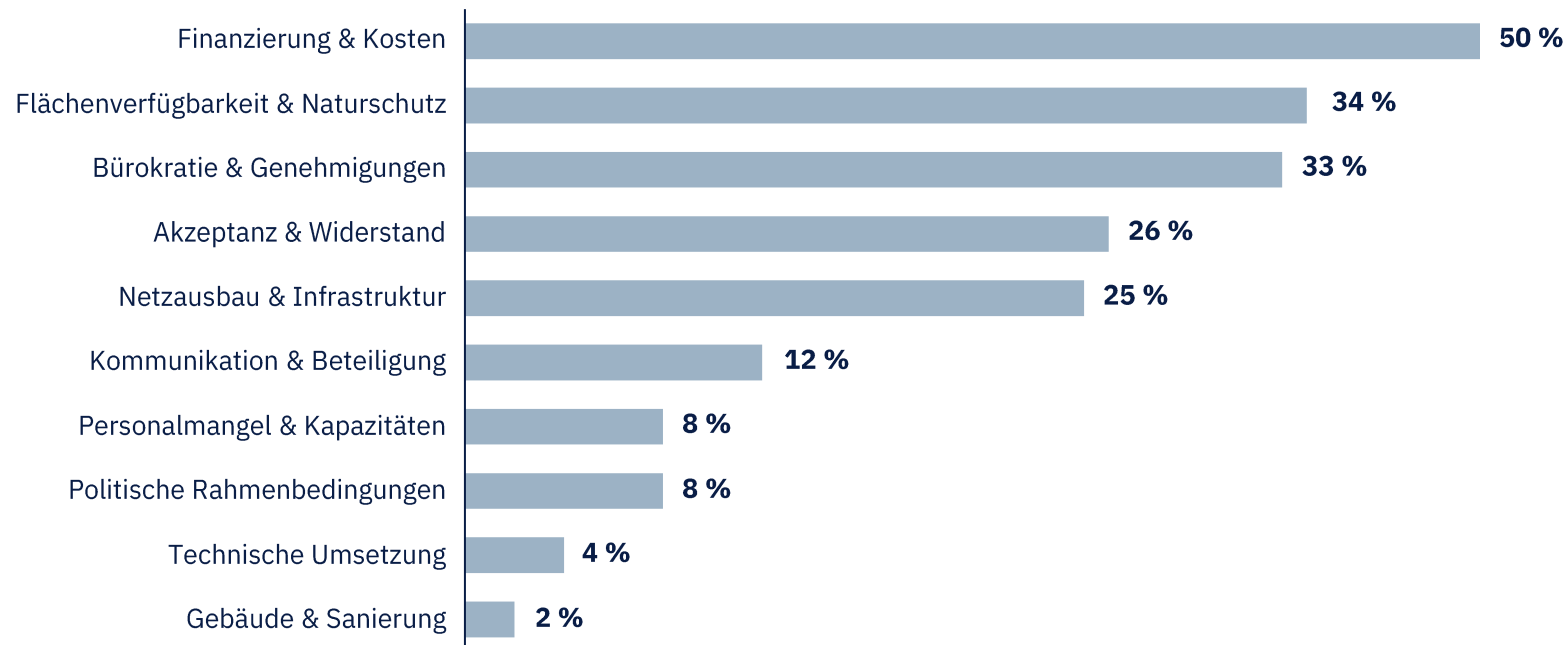
Offene Frage, Mehrfachnennung möglich. Daten: Heimatwurzeln & IKND (2026). N = 609.

Wo die Herausforderungen liegen

Die Finanzierung eigener Projekte wird von jeder zweiten teilnehmenden Kommune als Herausforderung genannt. Zur Erinnerung: 59 Prozent der Befragten kommen aus Landgemeinden mit kleinen, oft angespannten Haushalten. Flächenverfügbarkeit und Bürokratie folgen dicht dahinter. Wie diese Hürden abgebaut werden könnten, zeigt z.B. das Kommunale Regelungsbefreiungsgesetz in Baden-Württemberg, das seit Oktober 2025 in Kraft ist.

Frage: Und welche sind für Sie die drei größten Herausforderungen beim Ausbau erneuerbarer Energien in Ihrer Kommune?

Herausforderungen der Kommunen beim Ausbau erneuerbarer Energien



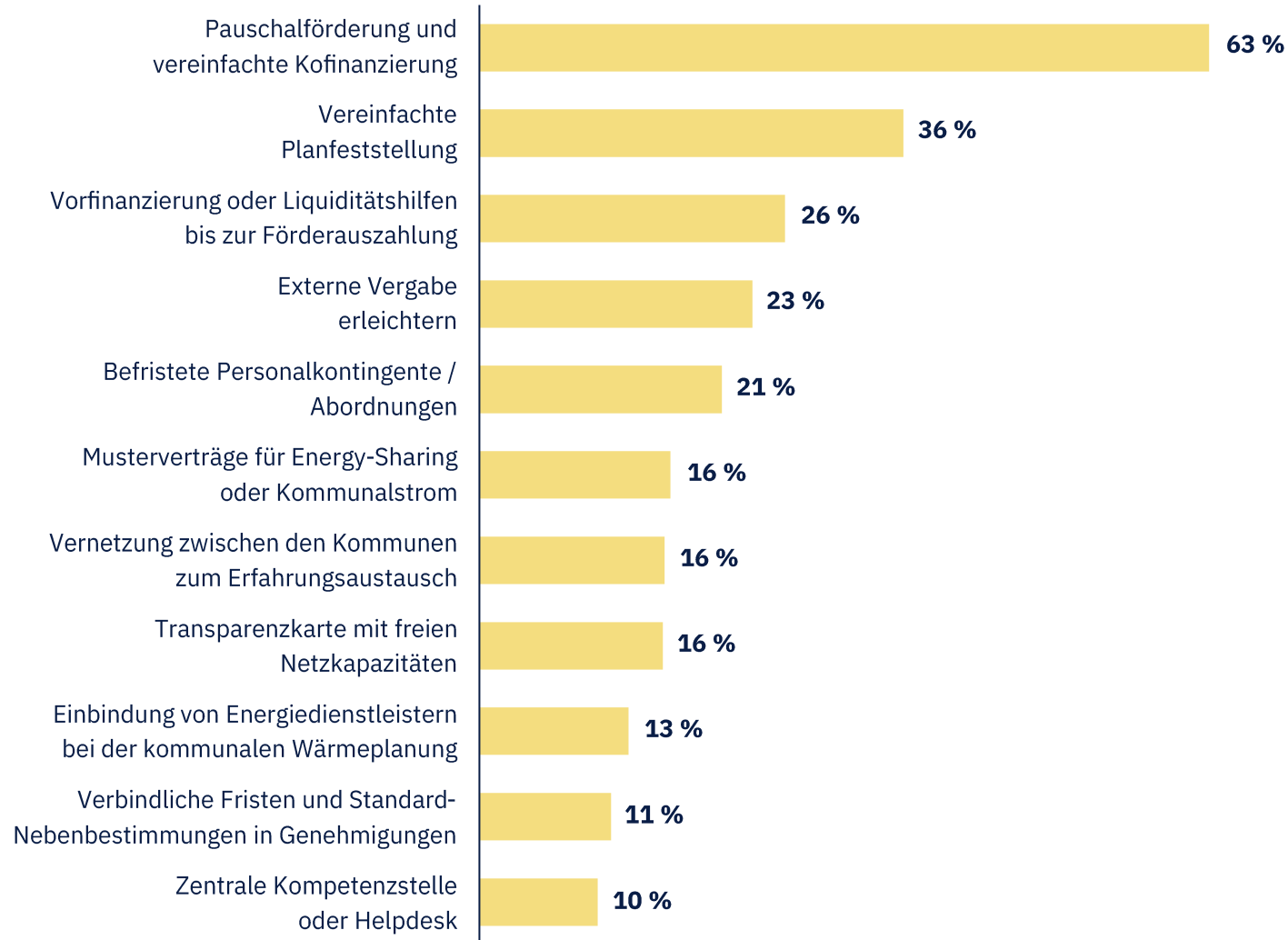
“

„Fehlende Verlässlichkeit von Bundesvorgaben und Förderregimen.“

Bürgermeister aus Baden-Württemberg

Offene Frage, Mehrfachnennung möglich. Daten: Heimatwurzeln & IKND (2026). N = 609.

Maßnahmen für die schnelle Umsetzung von Energiewendeprojekten



Mehrfachnennung möglich. Daten: Heimatwurzeln & IKND (2026). N = 609.

Wichtigster Hebel zur Beschleunigung: Vereinfachte Finanzierung

Der Wunsch der Bürgermeisterinnen und Bürgermeister ist eindeutig: keine neuen Programme, sondern besser zugängliche Strukturen. Zwei von dreien fordern eine Pauschalförderung mit vereinfachter Kofinanzierung. Kommunen scheitern oft nicht am fehlenden Willen, sondern an der Komplexität des Zugangs zu vorhandenen Mitteln.

Frage: Welche drei Maßnahmen würden Energiewende-Projekte bei Ihnen am schnellsten ermöglichen?

“

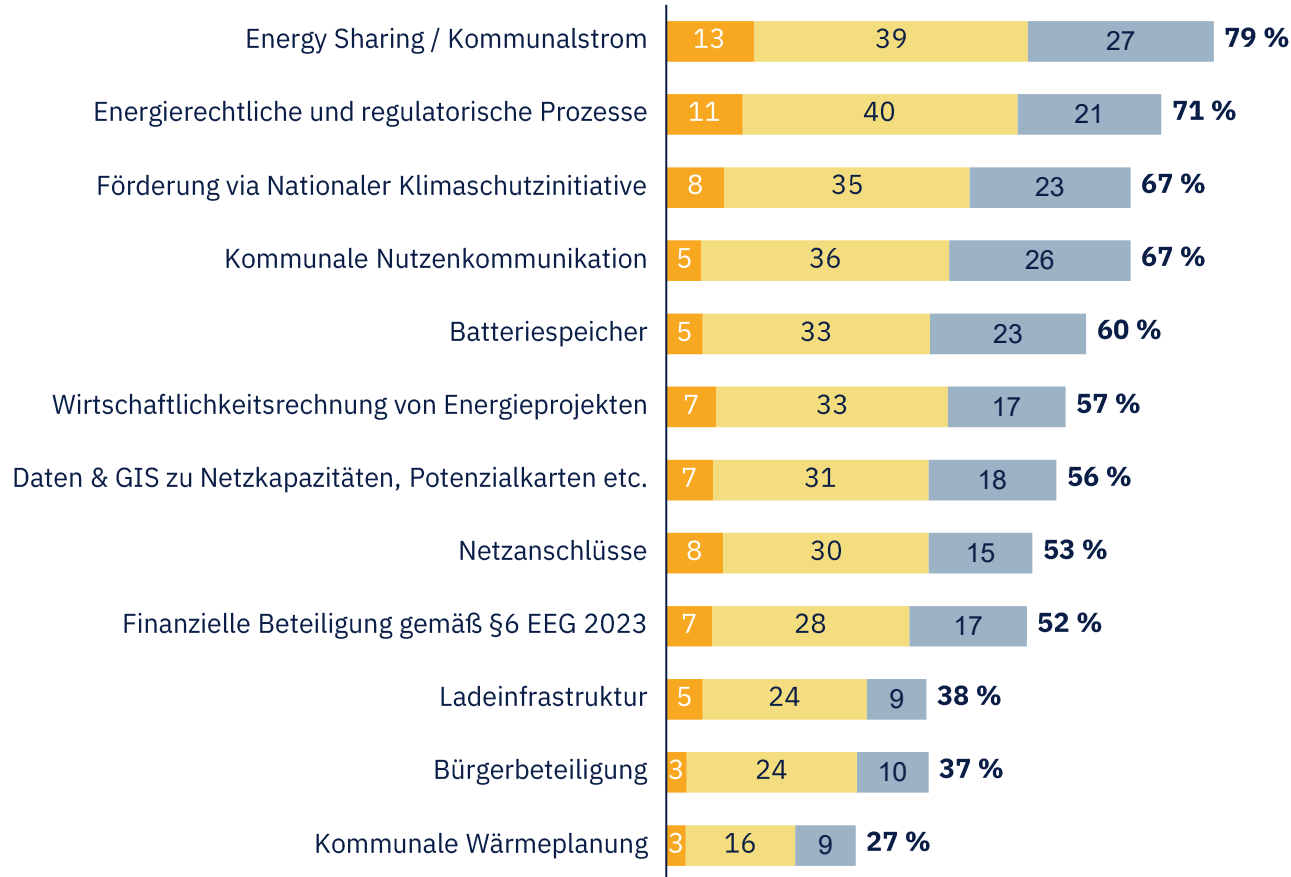
„Es braucht eine Verbesserung der Förderung und eine Verschlinkung der Planungsprozesse.“

Bürgermeisterin aus Schleswig-Holstein

Herausforderungen und Engpässe der Energiewende vor Ort

(Sehr) Schlechter Informationsstand & fehlende Erfahrung

sehr schlecht eher schlecht keine Erfahrung



Daten: Heimatwurzeln & IKND (2026). N = 609.

Ohne Wissen kein Handeln – Informationsstand der Verwaltung teilweise defizitär

Die kommunale Wärmeplanung ist eine Pflichtaufgabe, entsprechend ist der Wissensstand dort am besten. Bei allem, was darüber hinausgeht, zeigen sich erhebliche Lücken: Energy Sharing, regulatorische Prozesse und die Nationale Klimaschutzinitiative sind für die Mehrheit der Befragten weitgehend unbekanntes Terrain. Der Zusammenhang mit Verwaltungsgröße ist deutlich: je kleiner die Gemeinde, desto weniger Kapazität ist verfügbar, um sich diese Expertise aufzubauen.

Frage: Wie bewerten Sie den aktuellen allgemeinen Wissensstand Ihrer Verwaltung zu folgenden Themen (Technik, Planung, etc.)?

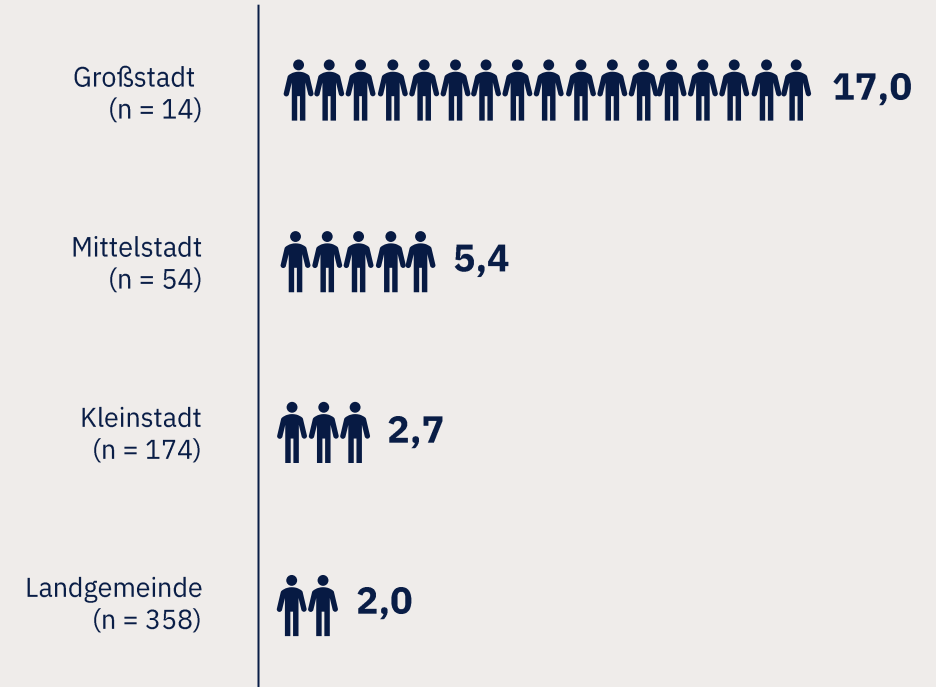
Gleiche Aufgaben, weniger Ressourcen

Die personellen Ressourcen unterscheiden sich deutlich nach Gemeindegröße. Während Großstädte durchschnittlich 17 Vollzeitkräfte für Energie-, Wärme- und Mobilitätswende einsetzen, sind es bereits in den Mittelstädten nur noch fünf, in Landgemeinden nur mehr zwei.

Zur Erinnerung: 21 % der Bürgermeisterinnen und Bürgermeister geben an, dass befristete Personalkontingente und Abordnungen Energieprojekte in ihren Gemeinden am schnellsten ermöglichen würden.

Frage: Wie viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Ihrer Verwaltung beschäftigen sich mit der Umsetzung der Energie-, Wärme- und Mobilitätswende?

Anzahl der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die mit der Umsetzung der Energie-, Wärme- und Mobilitätswende beschäftigt sind



Daten: Heimatwurzeln & IKND (2026). N = 609.

Integrierte Infrastrukturplanung ausbaufähig

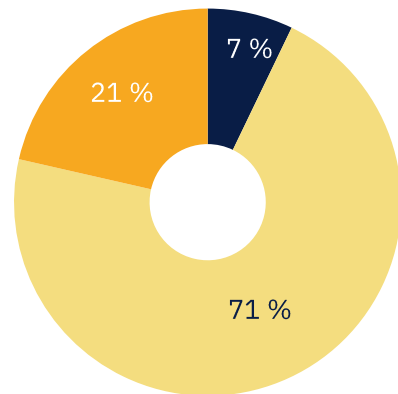
Eine integrierte Infrastrukturplanung ermöglicht es Kommunen, unterschiedliche Energieinfrastrukturen systemübergreifend zu betrachten und damit Investitionen und Personalressourcen effizienter zu steuern. Viele Kommunen arbeiten bereits an entsprechenden Ansätzen. Dass sie bisher vor allem in Großstädten etabliert ist, spiegelt weniger fehlendes Interesse als fehlende Kapazität wider.

Frage: Gibt es in Ihrer Kommune eine integrierte Infrastrukturplanung, bei der ganzheitlich auf die Entwicklung von Wärme-, Strom- und Gasnetzen geachtet wird?

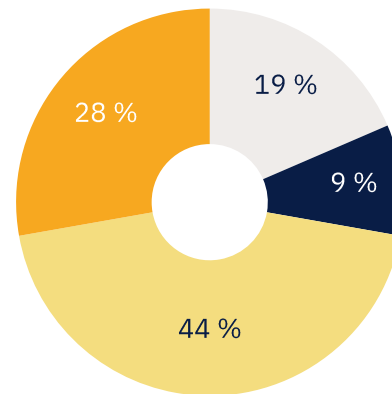
Integrierte Infrastrukturplanung für die Entwicklung von Wärme-, Strom- und Gasnetzen

Ja Teilweise Nein Keine Informationen dazu /Außerhalb der Zuständigkeit

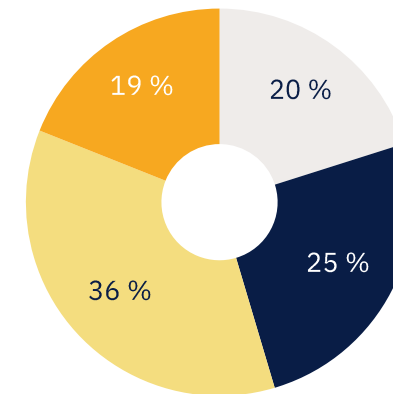
Großstadt
(n = 14)



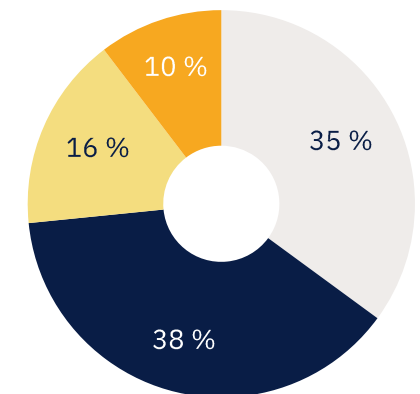
Mittelstadt
(n = 54)



Kleinstadt
(n = 174)



Landgemeinden
(n = 358)



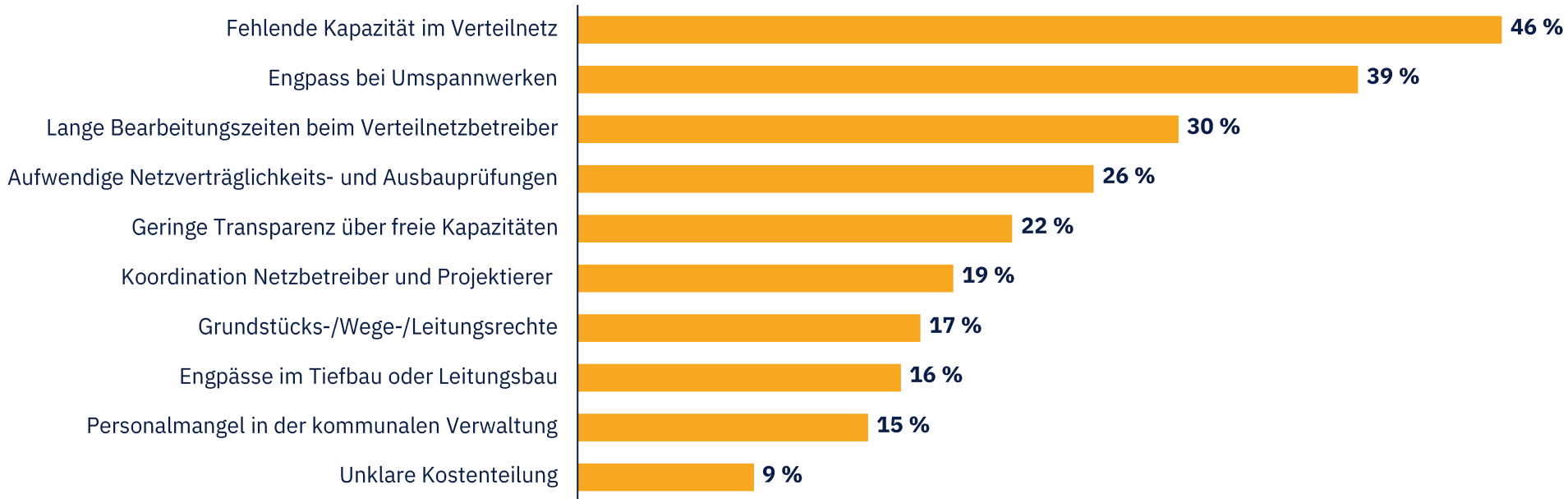
Daten: Heimatwurzeln & IKND (2026). N = 609.

Herausforderung Netzanschluss

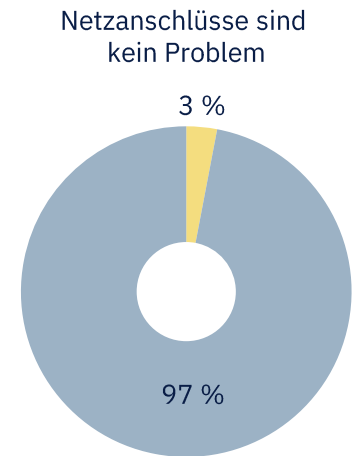
Der Netzanschluss entwickelt sich für Kommunen zunehmend zu einem zentralen Engpass. Nur 3 Prozent der Befragten geben an, dass Netzanschlüsse vor Ort kein Problem sind. Nach Einschätzung der Rathäuser liegen die größten Hürden für den Anschluss von Energiewendeprojekten auf der Verteilnetzebene, sowohl hinsichtlich der verfügbaren Netzkapazitäten als auch der personellen Ressourcen auf Seiten der Netzbetreiber.

Frage: Welche drei Faktoren verzögern Netzanschlüsse am stärksten? (max. 3 Antworten möglich).

Diese Faktoren verzögern den Netzausbau vor Ort



Mehrfachnennung möglich. Daten: Heimatwurzeln & IKND (2026). N = 609.



Netzanschlüsse sind eine Herausforderung vor Ort

Verteilung der teilnehmenden Kommunen nach Verteilnetzbetreiber

In Deutschland gibt es 869 Stromnetzbetreiber. Neben vielen kleinen bis sehr kleinen Verteilnetzbetreibern gibt es auch einige große, die jeweils zahlreiche Gemeinden versorgen.

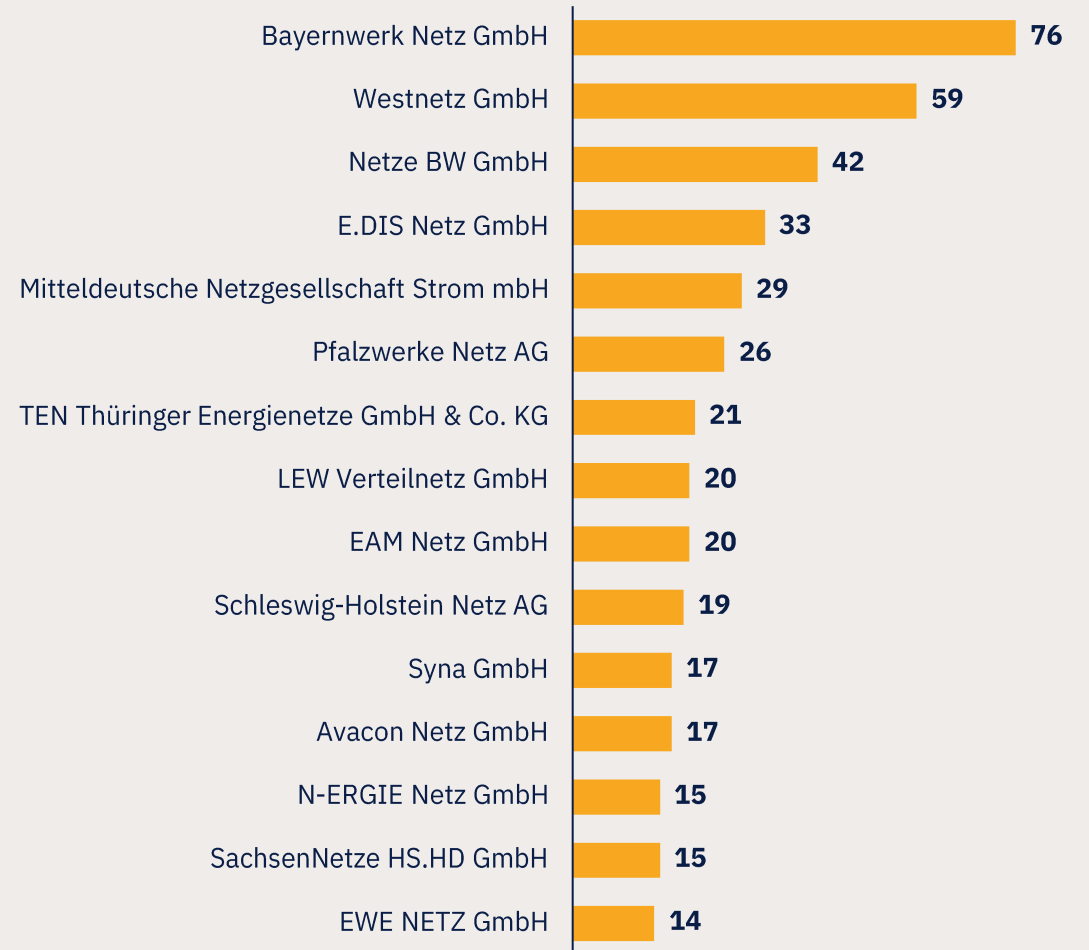
423 der 609 befragten Kommunen werden von nur 15 Verteilnetzbetreibern versorgt. Das bietet die Chance, gemeinsam vor Ort an Lösungen zu arbeiten.

“

„Es braucht eine Deregulierung der Antragsprozesse in Verwaltungen und bei den Netzbetreibern.“

Bürgermeister aus Thüringen

15 große Verteilnetzbetreiber versorgen Großteil der Kommunen



Daten: Marktstammdatenregister (2026), Heimatwurzeln & IKND (2026). N = 609.

Die Wärmeplanung kommt voran

Das Wärmeplanungsgesetz (WPG) verpflichtet Kommunen mit mehr als 100.000 Einwohnern, bis Mitte 2026 eine kommunale Wärmeplanung vorzulegen, kleinere Kommunen bis Mitte 2028 – so die aktuelle Gesetzgebung im Frühjahr 2026. Ziel der Vorgaben ist es, bundesweit eine langfristige, strategische Grundlage für eine klimaneutrale Wärmeversorgung zu schaffen. Insgesamt befinden sich mehr als 75 Prozent der befragten Kommunen bereits in Vorbereitung, Planung oder Umsetzung ihrer kommunalen Wärmeplanung.

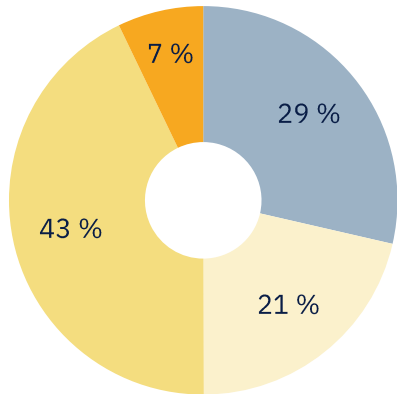
Frage: In welchem Zustand der Kommunalen Wärmeplanung befindet sich Ihre Kommune?

Stand der Wärmeplanung

■ Bereits umgesetzt ■ In Umsetzung ■ Fertig geplant ■ In Planung ■ Nicht begonnen ■ Keine Informationen dazu / Außerhalb der Zuständigkeit

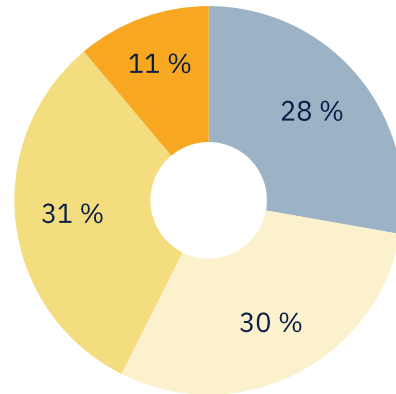
Großstadt

(n = 14)



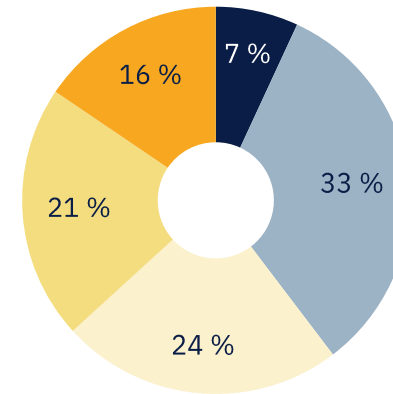
Mittelstadt

(n = 54)



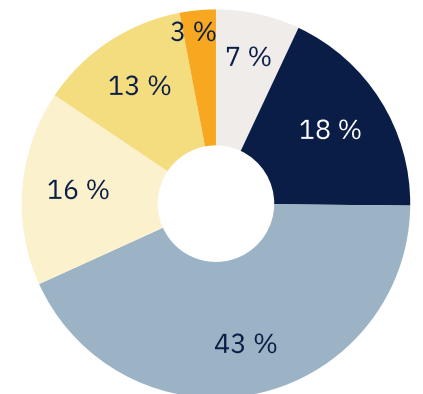
Kleinstadt

(n = 174)



Landgemeinden

(n = 358)



Daten: Heimatwurzeln & IKND (2026). N = 609.

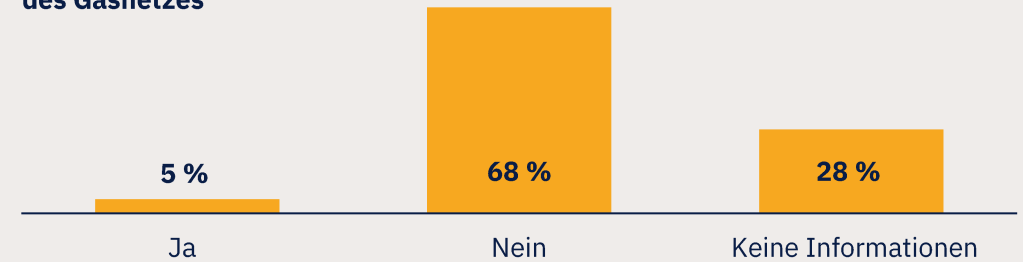
Stilllegung der Gasnetze spielt derzeit kaum eine Rolle

Der überwiegende Teil der Kommunen hat trotz fortgeschrittener kommunaler Wärmeplanung keinen Plan zur Stilllegung des Gasnetzes. Einen solchen gibt es nur in 5 Prozent der Kommunen. Ein möglicher Grund hierfür ist, dass die rechtlichen Rahmenbedingungen zum Zeitpunkt der Befragung noch nicht finalisiert waren.

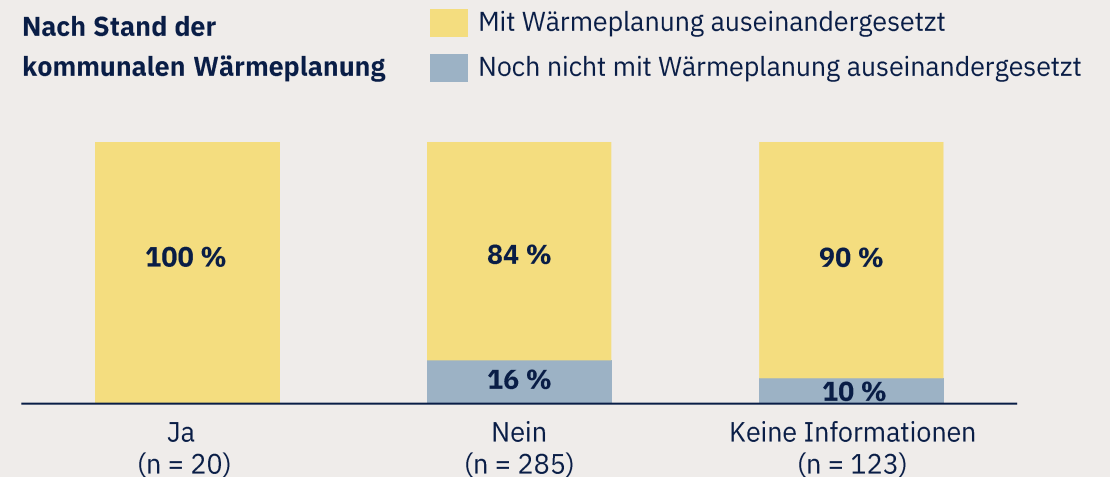
Am 25.03.2026 hat das Kabinett der Bundesregierung die Novelle des Energiewirtschaftsgesetzes (EnWG) verabschiedet, die die rechtliche Grundlage für die Transformation oder Stilllegung von Gasnetzen bildet.

Frage: Gibt es in Ihrer Kommune Pläne zur Stilllegung des Gasnetzes?

Pläne zur Stilllegung des Gasnetzes



Nach Stand der kommunalen Wärmeplanung



Daten: Heimatwurzeln & IKND (2026). N = 609.

Bau einer Ladesäule für E-Autos



Größte Herausforderung beim Ausbau der öffentlichen Ladeinfrastruktur



Daten: Heimatwurzeln & IKND (2026). N = 609.

Viele Kommunen bieten eigene Ladesäulen für Elektroautos an

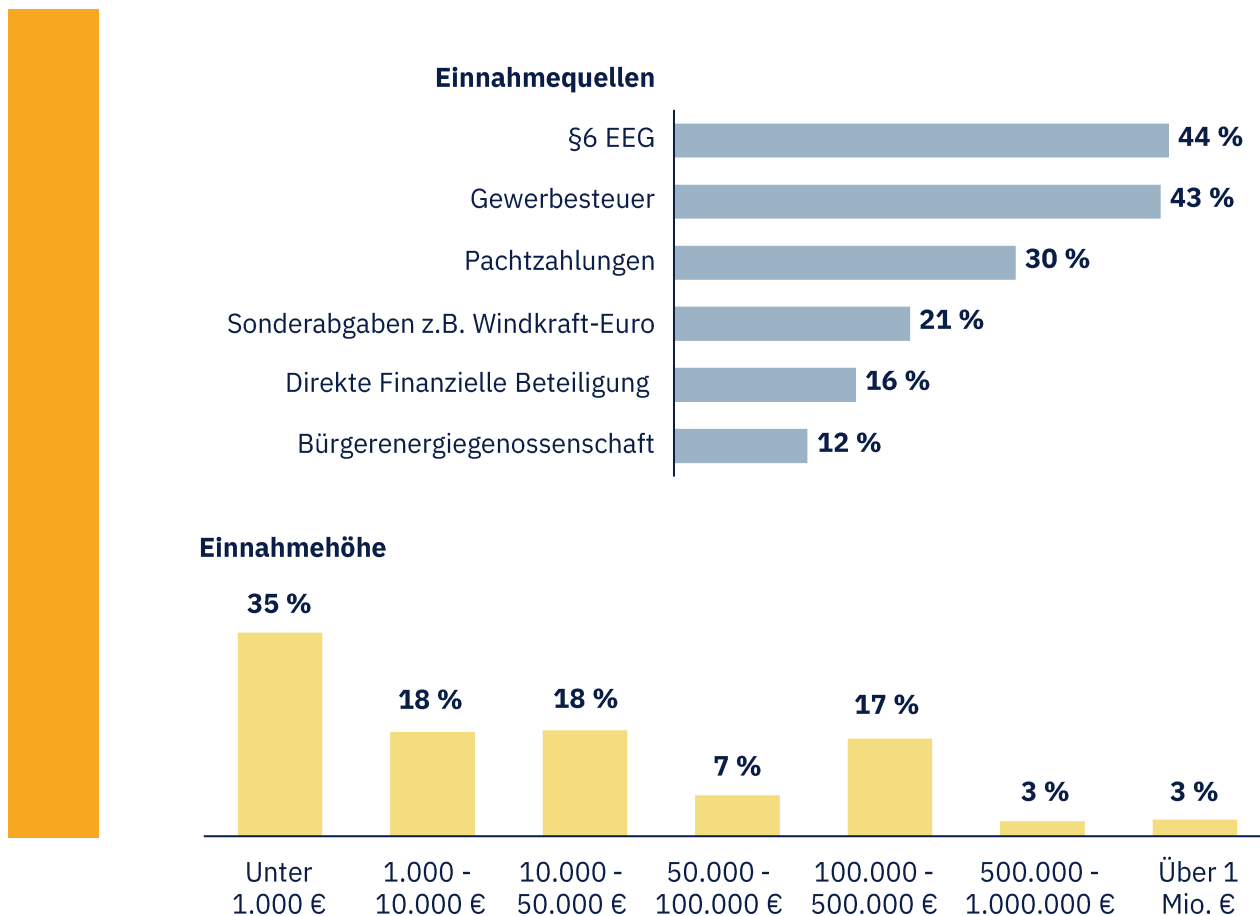
Kommunen entwickeln zunehmend ein vielfältiges Mobilitätsangebot. Mehr als jede zweite Kommune hat bereits öffentliche Ladepunkte an kommunalen Gebäuden oder Parkplätzen eingerichtet, 14 Prozent bieten ein kommunales Elektroauto im Carsharing an.

Die Angebote auszuweiten, stoßen jedoch an Grenzen der Wirtschaftlichkeit: geringe Auslastung und gleichzeitig hohe Ausbaukosten stellen für die Kommunen ein Hindernis dar. Auch das Thema Netzanschluss findet sich hier wieder.

Frage: Was ist bei Ihnen vor Ort die größte Herausforderung beim Ausbau der Ladeinfrastruktur im öffentlichen Raum?

Wirtschaftliche Bedeutung der Energiewende für Kommunen

66 % der befragten Kommunen generiert Einnahmen aus Energiewende-Projekten



Daten: Heimatwurzeln & IKND (2026). N = 609.

Einnahmen aus Projekten mit erneuerbaren Energien

Zwei Drittel der Kommunen generieren bereits Einnahmen aus erneuerbaren Energieprojekten. Ein Befund, der das fiskalische Potenzial der Energiewende für angespannte Kommunalhaushalte unterstreicht.

Windkraft und Freiflächen-Photovoltaik sind dabei besonders wirksam: 91 bzw. 82 Prozent der Kommunen mit diesen Anlagen berichten von Einnahmen. Die Hauptquelle sind Zahlungen nach §6 EEG sowie die Gewerbesteuer. Die direkte Beteiligung bleibt die Ausnahme.

Bei mehr als 6 von 10 Kommunen fließt das Geld in den allgemeinen Haushalt, bei jeweils 1 von 10 in die Schuldentilgung, in sozial-kulturelle Einrichtungen sowie in Maßnahmen zum Umwelt- und Klimaschutz.

Frage: Generiert Ihre Kommune über eine oder mehrere der genannten Optionen Einnahmen aus Projekten mit erneuerbaren Energien? Wie hoch sind die Einnahmen in etwa?

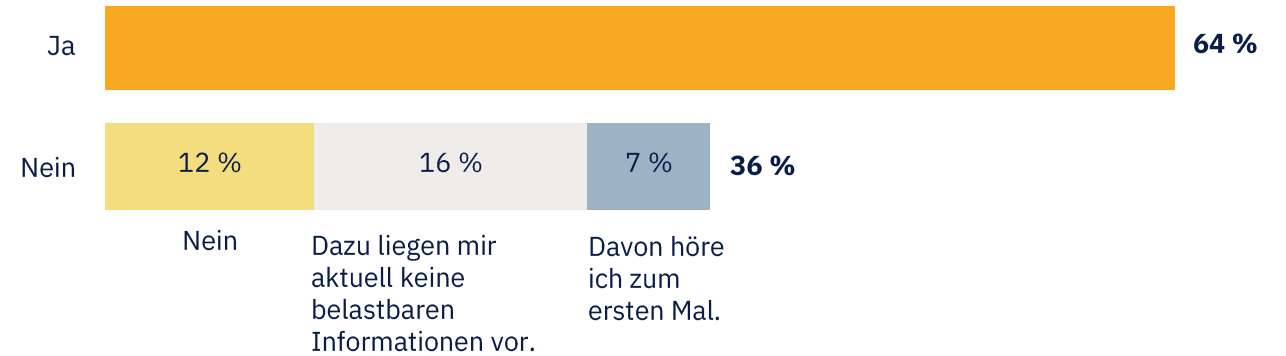
§6 EEG 2023: Informationsstand in vielen Kommunen unzureichend

Mit der 2023 in Kraft getretenen Novelle des Erneuerbaren-Energien-Gesetzes (EEG 2023) wurde die freiwillige Zahlung von Betreibern von Windenergieanlagen an Land und Freiflächen-Photovoltaikanlagen an die Kommunen eingeführt, auf deren Gebiet die Anlagen errichtet wurden bzw. werden.

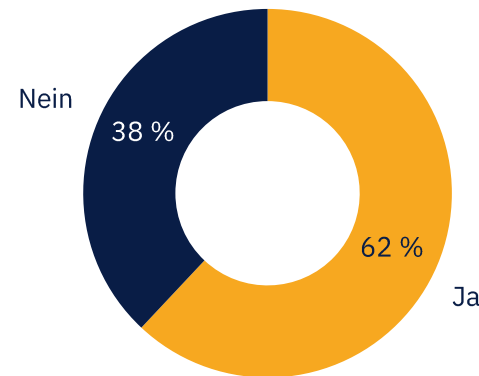
Die Befragung zeigt jedoch, dass nur 64 % der Kommunen die ihnen zustehenden Zahlungen auch abrufen. Eine zentrale Barriere ist hier neben einem Informationsdefizit auch der Aufwand, denn es handelt sich um eine freiwillige Zahlung der Betreiber, die ausgehandelt werden muss. Für Bestandsanlagen können Vereinbarungen zur Zahlung auch rückwirkend geschlossen werden.

Frage: Hat Ihre Kommune die Möglichkeit wahrgenommen, ihr zustehende Zahlungen nach §6 EEG 2023 abzurufen?

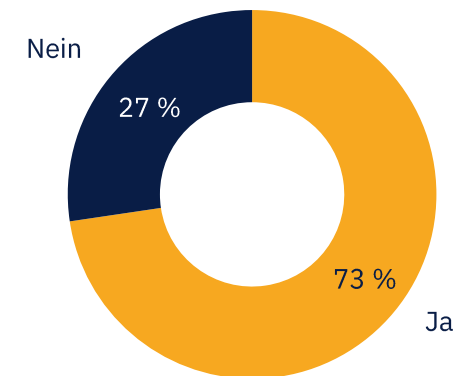
Inanspruchnahme von Zahlungen nach §6 EEG für Kommunen mit Wind- oder Solarprojekten



... bei Kommunen mit PV-Freiflächenanlagen



.. bei Kommunen mit Windkraftanlagen



Daten: Heimatwurzeln & IKND (2026). N = 609.

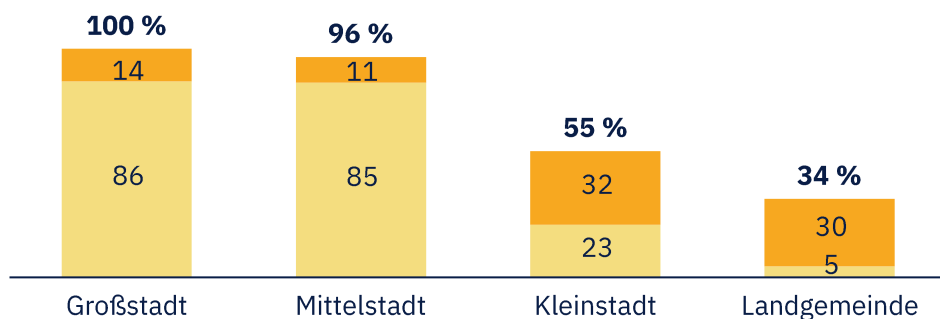
Stadtwerke & Energiegesellschaften schaffen regelmäßige Einnahmen

Jede zweite befragte Kommune ist an einem Stadtwerk oder einer Energiegesellschaft beteiligt. Von diesen geben 60 Prozent an, Einnahmen aus der Beteiligung zu generieren. Beim Blick in die Zukunft erwartet jeder dritte Bürgermeister, dass diese Einnahmen stabil bleiben, jeder vierte geht sogar von einer Steigerung aus. Nur jeder fünfte Bürgermeister erwartet sinkende Einnahmen – allerdings liegen genauso vielen, also jedem fünften, dazu keine Informationen vor. Es zeigt sich auch: jede dritte Landkommune ist an einem Energieversorger beteiligt, bei den Kleinstädten ist es jede zweite.

Jede zweite befragte Kommune ist an einem Energieversorger beteiligt



Beteiligung nach Gemeindegröße

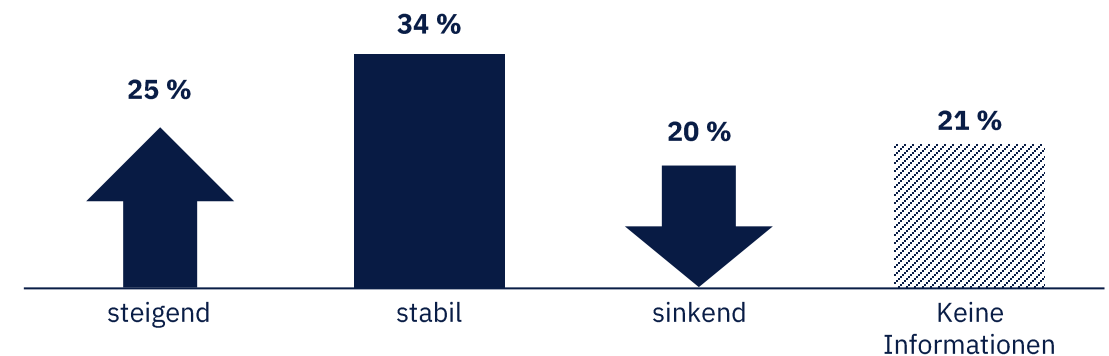


Daten: Heimatwurzeln & IKND (2026). N = 609.

60% von Ihnen haben Einnahmen aus dieser Beteiligung



Erwartete Entwicklung der Einnahmen



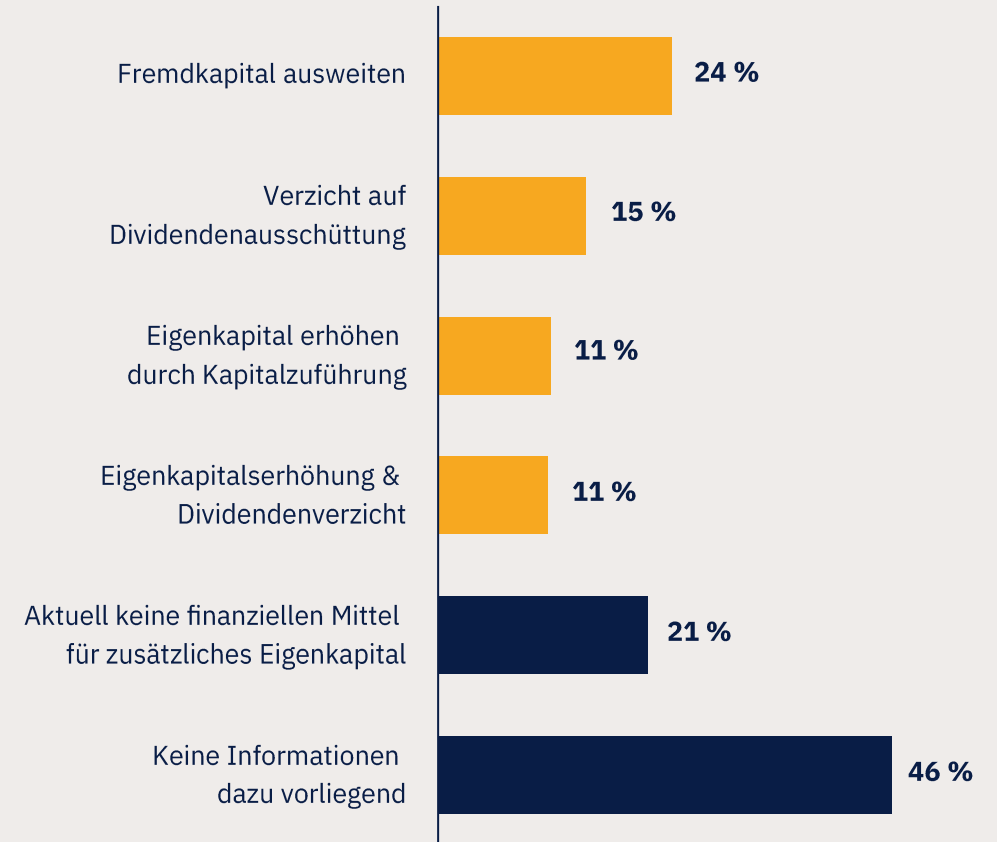
Eigenkapitalbedarf von Stadtwerken: Begrenzte Optionen und wenig Überblick

Für die Umstellung der Strom- und Wärmeinfrastruktur ist in den kommenden Jahren mit einem deutlich steigenden Investitionsbedarf zu rechnen. Bei rund 86 Prozent der Energieversorger in Deutschland halten Kommunen die Mehrheitsbeteiligung. Für den steigenden Eigenkapitalbedarf müssen demnach oft auch die Rathäuser Lösungen finden.

Gleichzeitig sind die finanziellen Handlungsspielräume der Kommunen so eng, dass sie keine zusätzlichen Eigenmittel für die steigenden Eigenkapitalbedarfe der Stadtwerke bereitstellen können. 21 % der Bürgermeister gibt an, momentan keine finanziellen Mittel für zusätzliches Eigenkapital zu haben. Fast jeder Zweite, genauer 46 %, können keine Angabe dazu machen.

Frage: Stadtwerke benötigen in den kommenden Jahren erhebliches Eigenkapital für die steigenden Investitionen in Strom- und Wärmenetze. Wie geht Ihre Kommune damit um?

Umgang mit dem steigenden Eigenkapitalbedarf von Stadtwerken



Daten: Heimatwurzeln & IKND (2026). N = 609.

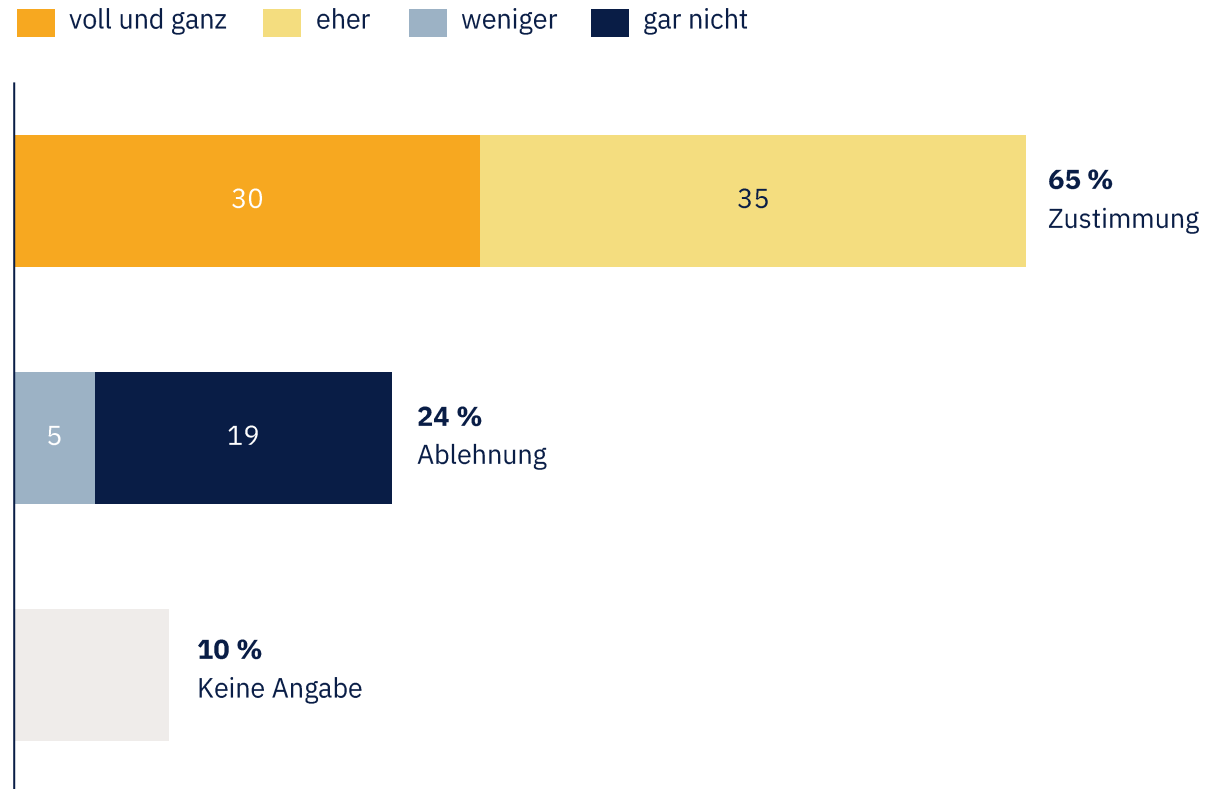
Stimmungslage: Was hilft, was schadet

Kommunikation der Bundesregierung schadet Akzeptanz vor Ort

Zwei Drittel der befragten Bürgermeisterinnen und Bürgermeister spüren die Auswirkungen bundespolitischer Kommunikation direkt vor Ort: Sie erschwert die Akzeptanz für konkrete Projekte. Kommunen setzen um, was politisch beschlossen wurde – die Rahmenbedingungen, unter denen sie das tun, werden jedoch nicht nur durch Bundesgesetze sondern maßgeblich auch von der bundespolitischen Debatte geprägt.

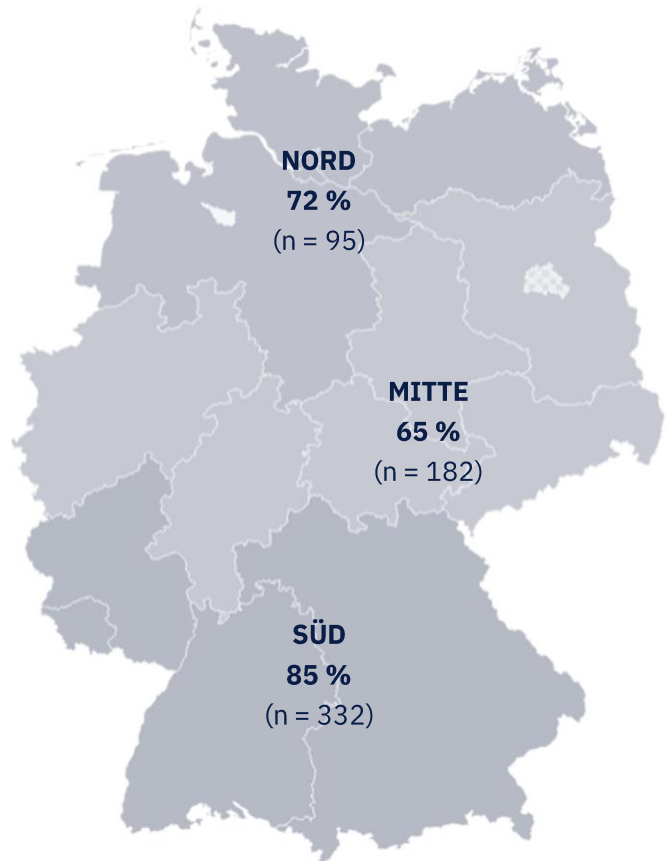
Frage: Inwieweit stimmen Sie folgender Aussage zu: „Die öffentliche Kommunikation der aktuellen Bundesregierung zur Energiewende hat spürbar negative Auswirkungen auf die Akzeptanz von Projekten vor Ort“.

Schadet die Kommunikation der aktuellen Bundesregierung der Akzeptanz vor Ort?



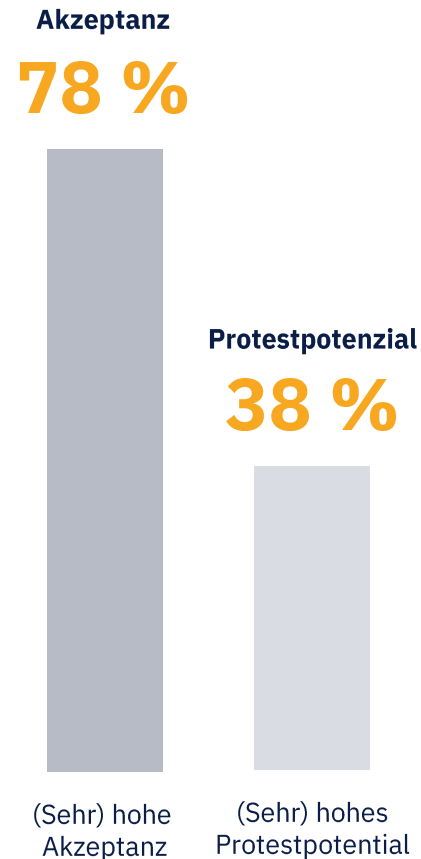
Daten: Heimatwurzeln & IKND (2026). N = 609.

Regionale Unterschiede in der Akzeptanz



Anteil der Befragten je Region, die die Akzeptanz (sehr) hoch einschätzen.

Daten: Heimatwurzeln & IKND (2026). N = 609.



(Sehr) hohe Akzeptanz

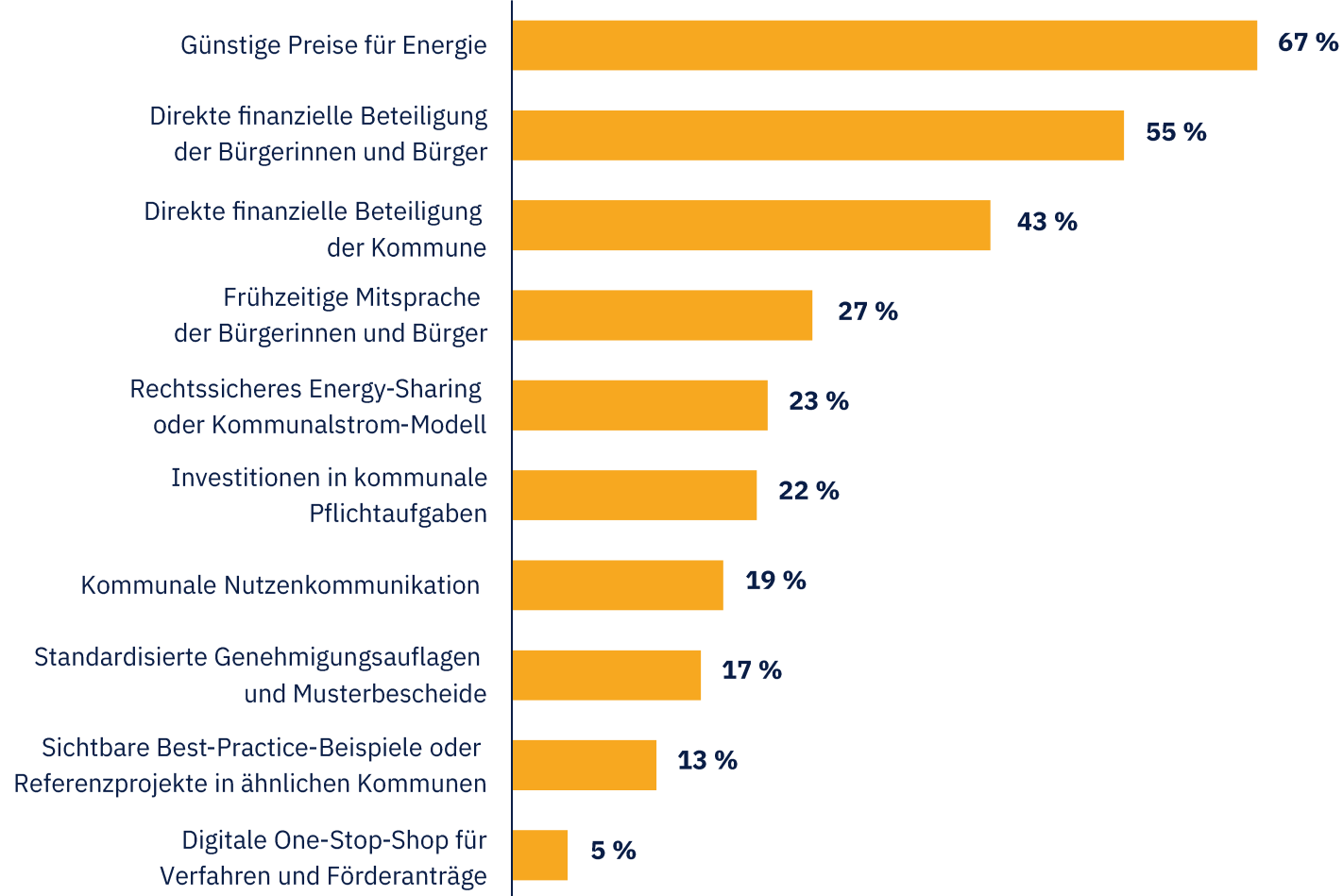
(Sehr) hohes Protestpotential

Akzeptanz überwiegt Protestpotential

Fast 8 von 10 Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern blicken positiv auf das Thema Akzeptanz und schätzen sie vor Ort als hoch bis sehr hoch. Umgekehrt sehen sie deutlich weniger Protestpotential aus der Bevölkerung. Dennoch zeigen sich regionale Unterschiede. In den südlichen Bundesländern zum Beispiel schätzt eine überwältigende Mehrheit der Bürgermeisterinnen und Bürgermeister die Akzeptanz als (sehr) hoch ein.

Fragen: Wie hoch schätzen Sie die Akzeptanz für die Energiewende bei Ihnen vor Ort ein? Wie hoch schätzen Sie das Protestpotential bei Ihnen vor Ort ein?

Maßnahmen für mehr Akzeptanz vor Ort



Daten: Heimatwurzeln & IKND (2026). N = 609.

Maßnahmen für Akzeptanz für Energiewende-Projekte

Befragt, wodurch sich die Akzeptanz der Bevölkerung stärken ließe, ist die einhellige Antwort: finanzielle Vorteile. Die Energiewende muss sich lohnen – entweder durch günstige Preise für Energie, direkte finanzielle Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger oder Einnahmen für die Kommune. Erst mit deutlichem Abstand folgen Optionen zur frühzeitigen Mitsprache.

Frage: Welche drei Maßnahmen würden Ihrer Meinung nach die Akzeptanz für Energiewende-Projekte in Ihrer Kommune spürbar stärken?

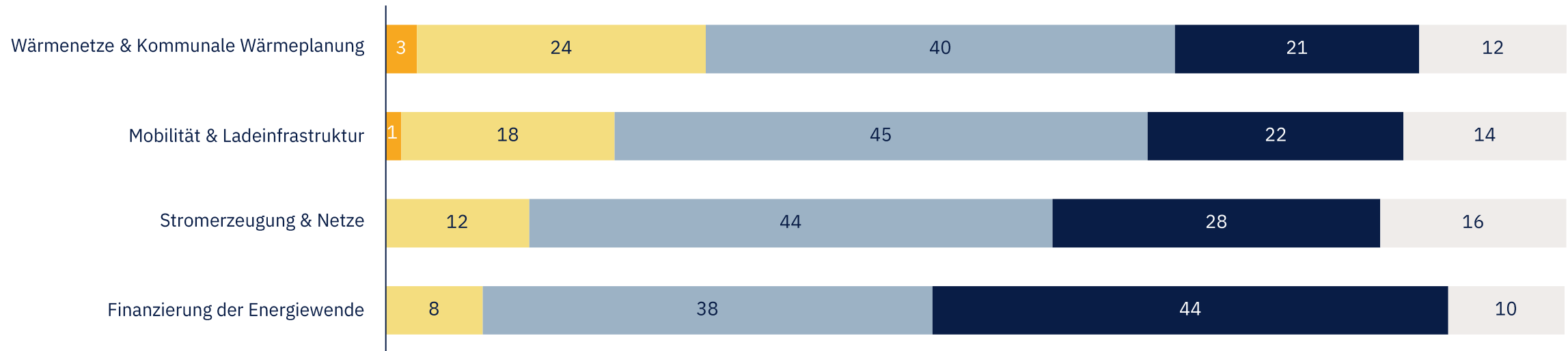
Berücksichtigung kommunaler Belange durch die Bundesregierung: Note „mangelhaft“

In der Wahrnehmung der Bürgermeisterinnen und Bürgermeister werden kommunale Belange in allen vier abgefragten Bereichen, von der Wärmeplanung bis zur Finanzierung, von der Bundesregierung schlecht berücksichtigt.

Frage: Wie gut wurden jeweils die Belange der Kommunen von der aktuellen Bundesregierung berücksichtigt?

Bewertung der Berücksichtigung kommunaler Belange

sehr gut eher gut eher schlecht sehr schlecht keine Angabe



Angaben in Prozent. Daten: Heimatwurzeln & IKND (2026). N = 609.

Wünsche an die Bundesregierung

Frage: Bitte formulieren Sie (gerne auch stichwortartig) Ihren dringendsten Wunsch in Sachen Energie-, Wärme- und Mobilitätswende an die Bundesregierung?

Die Beantwortungen wurden mit Hilfe von KI geclustert. Ergänzend dargestellt ist eine Auswahl der Beantwortungen.

“

„Die Stärkung des ländlichen Raums durch die Energiewende hervorheben.“

Bürgermeister aus Mecklenburg-Vorpommern

“

„Verlässlichkeit über mehrere Wahlperioden hinweg – ein gutes Gesetz muss auf kommunaler Ebene umsetzbar sein.“

Bürgermeisterin aus Nordrhein-Westfalen

“

„Klare Vorgaben, konsequente Umsetzung, keine ständigen Planänderungen!“

Bürgermeister aus Hessen

“

„Planungssicherheit & transparente vereinfachte Genehmigungsverfahren“

Bürgermeister aus Bayern

Bürokratieabbau
Finanzierung
Kommunen stärken

“

„Die kommunale Planungshoheit soll vor Ort selbst in der Hand der jeweiligen Kommune bleiben!“

Bürgermeister aus Niedersachsen

“

„Attraktive Förderung, um Projekte umzusetzen. Beschleunigung der Wärmewende.“

Bürgermeisterin aus Brandenburg



**Deutsche
Energie**

Ein Projekt von
Heimatzwurzeln

heimatzwurzeln e.V.
Am Rheindorfer Ufer 2
53117 Bonn

Geschäftsführer: Florian Wagner

Tel.: +49 228 50431980
Mail: info@heimatzwurzeln.de

**Initiative Klimaneutrales Deutschland
gUG (haftungsbeschränkt)**
c/o Impact Hub
Gotzinger Str. 8
81371 München

Geschäftsführerin: Carolin Friedemann

Tel.: 089 244151210
Mail: kontakt@initiative-klimaneutral.de

Eine Studie von:

